

Geschäftszahl:
BMASGK-59201/0023-V/A/1/2019

XX/XX
Wählen Sie aus

Vortrag an den Ministerrat

Rat „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ am 24. Oktober 2019 in Luxemburg

Am 24. Oktober 2019 fand in Luxemburg eine Tagung des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ statt. Es standen nur Punkte aus den Bereichen Beschäftigung und Soziales auf der Tagesordnung. Österreich war durch mich vertreten. Den Vorsitz führten der finnische Minister für Beschäftigung, Timo Harakka, und die finnische Ministerin für soziale Angelegenheiten und Gesundheit, Aino-Kaisa Pekonen. Die Europäische Kommission war durch die Kommissare Marianne Thyssen und Vera Jourova vertreten.

Der Rat nahm als A-Punkt im Bereich Beschäftigung und Soziales den Rechtsakt **„Brexit-Notfallplan: Vorschlag für eine Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1309/2013 über den Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) (2014-2020)“** an.

Zur **Bekämpfung von Diskriminierungen** in der Europäischen Union fand eine Orientierungsaussprache mit dem Ziel statt, die weitere Vorgangsweise im Hinblick auf die bereits seit 2008 dauernden Verhandlungen zum Art. 19 Richtlinienvorschlag (Gleichbehandlung/Nichtdiskriminierung außerhalb der Arbeitswelt) zu erörtern. Die Ministerinnen und Minister sprachen sich mehrheitlich für einen EU-weiten einheitlichen Rechtsrahmen aus, um die Diskriminierung zu bekämpfen. Es wurde betont, dass der Text Rechtsklarheit/-sicherheit auf Basis klarer Begriffsbestimmungen bieten, mit der UN-Behindertenrechtskonvention konform sein, die Kostenfrage (insbes. im Zusammenhang mit der Barrierefreiheit) berücksichtigt werden und die Subsidiarität gewahrt sein muss.

In der Orientierungsaussprache zum Thema **„Abstimmung von Kompetenzen auf den Arbeitsmarktbedarf in der sich wandelnden Arbeitswelt“** wurde die Wichtigkeit des Themas angesichts von Entwicklungen wie der Digitalisierung allgemein betont. Die Ministerinnen und Minister sprachen die Probleme von benachteiligten Gruppen, die Notwendigkeit für flexible Lösungen, informelles Lernen und sozialen Dialog, die

Bereitstellung von Finanzmitteln und Bedarfsprognosen an. Es sei ein Zusammenspiel der verschiedenen Akteure notwendig.

Die EK präsentierte die **Mitteilung „Effiziente Rechtssetzung im Bereich Sozialpolitik – Ausbau der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit“**. Die Aussprache dazu fand beim Mittagessen statt.

Die **Schlussfolgerungen zur „Ökonomie des Wohlergehens“** und **„Die Zukunft der Arbeit: die EU als Förderin der IAO-Jahrhundertinitiative“** wurden angenommen und die **Kernbotschaften des Beschäftigungsausschusses und des Ausschusses für Sozialschutz zu den Herausforderungen im Beschäftigungsbereich und im Sozialbereich** im Rahmen des Europäischen Semesters gebilligt.

Unter TOP **Sonstiges** informierte die EK über die Konferenz über die Förderung der Gleichstellung von LGBTI in der EU am 23.-24.10.2019. Der Vorsitz informierte außerdem über die Abhaltung des Dreigliedrigen Sozialgipfels am 16.10.2019.

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

25. Oktober 2019



Mag. Dr. Brigitte Zarfl
Bundesministerin